

Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative B.E. 2564 (2021)



Das Verfahren bei Volksinitiative bedeutet Einreichung eines Antrags auf Gesetzentwurf oder Entwurf der Verfassungsänderung. Die wahlberechtigten Bürger sind nur gültig.



1 Verfahren

Direkte Einreichung von wahlberechtigten Bürgern



wahlberechtigte Bürger
≥ 20 Personen für Gesetzentwurf
≥ 120 Personen für Entwurf der Verfassungsänderung



Anfrage an das Sekretariat des Abgeordnetenhauses zu bearbeiten



30 Tage

beiliegende Dokumente

- Gesetzentwurf
- Erklärungsprinzip
- Zusammenfassung

2 Berücksichtigung

Es wirkt sich aus auf den Wechsel in einem demokratischen Regierungssystem mit dem König als Staatsoberhaupt oder auf dem Formwechsel des Staates.

- Sektion 3 Rechte und Freiheiten des thailändischen Volkes
- Sektion 5 Pflichten des Staates

Einladung



Überweisung innerhalb 15 Tagen


Der Gesetzentwurf wird dem Präsident des Repräsentantenhauses vorgelegt.
Der Entwurf der Verfassungsänderung wird dem Präsident der Nationalversammlung vorgelegt.


Das Verfahren bei Volksinitiative

4 Einreichung



3 Einladung und Unterschriftensammlung

direkte Verarbeitung 


Verarbeitung vom Sekretariat des Abgeordnetenhauses 

keine Zeitbegrenzung 

e-Initiative 

innerhalb von 1 Jahr + 90 Tagen

10,000 Unterschriften für Gesetzentwurf
50,000 Unterschriften für Entwurf der Verfassungsänderung

unter 10,000
Überweisung und Abschaffung 

Bei finanzbezogenen Gesetzentwürfen muss der Entwurf dem Ministerpräsident zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden.

andere wichtige Punkte

- Wenn ein Teilnehmer seinen Namen zurückzieht oder stirbt, nachdem er bereits eine Mitteilung an dem Präsident des Abgeordnetenhauses abgegeben hat, wird die Unterschrift dieser Person weiterhin gültig betrachtet.
- Die Fälschung einer Unterschrift über das Verfahren bei Volksinitiative wird durch ein Gerichtsverfahren verurteilt, um ihr Stimmrecht für 5 Jahren ab dem Tag der Verurteilung zu widerrufen.

Bestätigung von Gesetzentwürfen bei Auflösung oder Ablauf der Amtszeit der Nationalversammlung

Wegen des Ablaufs der Amtszeit oder der Auflösung des Repräsentantenhauses und da das neu gebildete Kabinett keine Überlegung verlangte, sind die Gesetzentwürfe hinfällig geworden. Falls innerhalb von 120 Tagen ab der ersten Sitzung der Nationalversammlung nach der Parlamentswahl der Vertreter der Nominierten den Bestätigungsentwurf schriftlich zum Präsidenten des Repräsentantenhauses schickt, damit der Gesetzentwurf weiter betrachtet wird, gilt es als Vorschlag für einen neuen Gesetzentwurf. Der Präsident des Repräsentantenhauses verfährt dann nach der Geschäftsordnung des Repräsentantenhauses.